



SSES-Grundsatzklärung

28. Oktober 2023

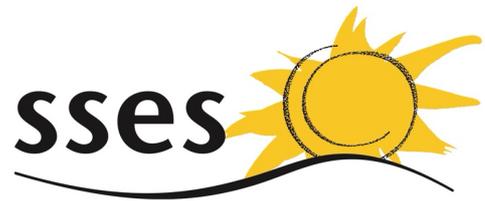
Die SSES vertritt die Vision «für eine Schweiz, 100% erneuerbar» und handelt nach den im folgenden ausgeführten Grundsätzen:

Allgemeines zur Solarenergie und Energiepolitik

- ☀ Die Sonne bildet die Grundlage allen Lebens auf der Erde. Sie ist die einzige äussere Quelle hochwertiger Energie und steht unerschöpflich zur Verfügung. Sonnenenergie ist kostengünstig, flexibel und variabel nutzbar sowie sicher in Bezug auf Bau, Betrieb und Recycling.
- ☀ Die SSES befürwortet den Einsatz aller erneuerbaren Energieformen wie Wasserkraft, Solarenergie, Windkraft, Biomasse und Geothermie.
- ☀ Fossile Brennstoffe sind in Jahrtausenden gespeicherte Sonnenenergie, sie stellen ein von der Natur einmalig zur Verfügung gestelltes Energie-Kapital dar, das die Menschheit weise und ausschliesslich punktuell nutzen sollte.
- ☀ Die Nukleartechnologie basiert auf Rohstoffen, deren Vorräte wie das Erdöl in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein werden. Sie birgt grosse Gefahren für Mensch und Umwelt. Die SSES stellt fest, dass die Solarenergie gegenüber der Nuklearenergie wirtschaftlicher, zuverlässiger, sicherer, nachhaltiger und resilienter ist, und befürwortet den Atomausstieg.
- ☀ Energiepolitik kann nicht losgelöst von den übrigen Entwicklungen im Staat betrieben werden. Sie muss auf die Gesellschafts-, Klima- und Wirtschaftspolitik abgestimmt sein.
- ☀ Leitbild jeder nachhaltigen und ethisch vertretbaren Energiepolitik muss es sein, unsere Umwelt und unser Klima vor der Zerstörung und Ausbeutung zu bewahren. Die SSES bekennt sich zum Prinzip der Generationengerechtigkeit.
- ☀ Die SSES stellt sich hinter die vom Volk im 2017 beschlossene Energiestrategie 2050. Sie steht auch hinter dem Ziel "Nettonull" bis 2050, das in ihren Augen forcierter angegangen werden muss. Die Ziele der ES2050 lassen sich nur erreichen, wenn die gesamte Bevölkerung an einer dezentralen Energiewende teilhaben kann.
- ☀ Im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft muss das Bewusstsein in Bezug auf den Wert von Energie – speziell in Form von Wärme und Elektrizität – wachsen. Nebst der aktiven und passiven Nutzung der Solarenergie bedingt dies die Förderung von Effizienz und Suffizienz. Denn jede nicht produzierte kWh Wärme oder Strom ist die ökologischste.
- ☀ Der Verbrauch nicht erneuerbarer Energien muss nach Jahrzehnten des ununterbrochenen Wachstums stagnieren und langfristig abnehmen.

Massnahmen

- ☀ Kostenwahrheit: Die Solarenergie nimmt eine zentrale Rolle bei der Abkehr von fossilen Energieträgern ein, da sie über das grösste Potenzial verfügt und jeden Bürger, jede Bürgerin in die Energiewende miteinbezieht. Die Preise für fossile und nukleare Energieträger müssen endlich ihre wahren, direkten wie indirekten, Kosten widerspiegeln.
- ☀ Förderung von Effizienz und Suffizienz: In allen Bereichen sind Energiedienstleistungen mit dem geringsten und ökologisch verantwortbaren Energieeinsatz zu erbringen. Suffizienz und Effizienz sollen mit passenden Massnahmen wie bspw. progressiven Energietarifen gefördert werden.
- ☀ Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen: Öffentliche Hand, Wirtschaft und Privatpersonen werden aufgefordert, den Übergang auf die Nutzung unerschöpflicher



Energiequellen zu vollziehen. Weil das Prinzip der Eigenverantwortung und Freiwilligkeit nicht die gewünschten Effekte erzielt hat, ist eine Pflicht für erneuerbare Energien zu etablieren.

- ☀ Förderung der energetischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit vom Ausland: Auf nationaler Ebene muss die heutige energiepolitische Abhängigkeit vom Ausland abgebaut werden, da sie die Souveränität des Landes in Frage stellt. Eine Dezentralisierung der Energieproduktion stärkt nicht nur die individuelle Anteilnahme, sondern auch die Resilienz des Systems.
- ☀ Förderung der Dezentralisierung und Diversifikation der Energieträger: Auch Energiequellen, welche nur kleine Anteile am Gesamtenergieverbrauch decken können, müssen erschlossen werden. Die Kombination mehrerer Quellen zur Deckung eines Bedarfs sowie eine zunehmende Dezentralisierung sind in der Regel zweckmässig. Energie wird im Idealfall dort verbraucht, wo sie produziert wird, um Übertragungsverluste zu mindern.
- ☀ Förderung langfristiger Wirtschaftlichkeitsüberlegungen: Das neue Energiesystem darf nicht auf Grund kurzfristiger Wirtschaftlichkeitsaspekte in seiner Entwicklung behindert werden. Die Grenzen des Wachstums werden anerkannt.
- ☀ Investitionssicherheit und niederschwelliger Zugang für Solarstromproduzierende: Es müssen gleich lange Spiesse für alle Energieformen geschaffen werden. Rasch ausbaubare und wirtschaftliche Lösungen sind dabei zwingend zu bevorzugen und möglichst einfach zu halten. Neue erneuerbare Energien sind daher mit einer langfristig fixierten Abnahmevergütung entsprechend den Gestehungskosten zu vergüten.
- ☀ Förderung der Forschung und Anwendung: Für Forschung und Entwicklung im Bereich des neuen Energiesystems sind genügende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Forschung und Entwicklung in Industrie, Gewerbe und Hochschulen sollen sich auch mit Energietechniken kleiner Leistung befassen. Insbesondere sind Verfahren zur Langzeitspeicherung von Sonnenenergie zu fördern. Der internationale Austausch von Ideen und die gegenseitige Hilfe beschleunigen die Nutzung für alle.
- ☀ Förderung der Information: Die SSES bemüht sich gemeinsam mit anderen Verbänden und Interessengruppen, die Bevölkerung über die Notwendigkeit einer effizienten Sonnenenergienutzung aufzuklären.
- ☀ Vereinheitlichung im Vollzug: Damit der Ausbau schweizweit vorangetrieben werden kann, bedingt es einer Vereinheitlichung im Vollzug. Namentlich betrifft dies vor allem die Besteuerungs-, Finanzierungs- und Bewilligungspraxis. Zudem sollten im Bereich des Denkmalschutzes Richtlinien erarbeitet und der diesbezügliche Handlungsspielraum erweitert werden.
- ☀ Interessensvertretung: Die SSES setzt sich auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene für die Interessen der Produzenten und Produzentinnen neuer erneuerbarer Energien ein. Sie nimmt auch die Funktion einer Konsumentenorganisation wahr. Zudem befürwortet sie Massnahmen für den Einbezug der breiten Bevölkerung, namentlich Personen ohne Wohneigentum.